

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Juli 2024

Kreistag

Sanierung Gymnasium Tutzing Die Generalsanierung des Tutzinger Gymnasiums schreitet voran. In einem Workshop mit Architekten, Schulleitung, Schülern und Eltern wurde ein pädagogisches Konzept erarbeitet, das nun im Zuge der Sanierung umgesetzt werden soll. Es wird künftig u.a. Lerninseln geben, um eine methodische Vielfalt des Unterrichts zu ermöglichen. Für die Unterstufe sollen weiterhin Klassenzimmer zur Verfügung stehen, in den höheren Klassen soll das Prinzip der Fachräume gelten. Mit einer Mittagsbetreuung können Schüler auch ganztägig betreut werden. Die FDP hat ausdrücklich begrüßt, dass eine Schule als Lebensraum gesehen wird, in dem sich die Schüler wohlfühlen und gern lernen.

Richtfest Gymnasium Herrsching

Der Kreistag hat am 12. Juli das Richtfest des Gymnasiums Herrsching gefeiert. Eine Schule, für die sich die FDP immer eingesetzt hat, mehrfach, auch vor dem Kultusministerium, demonstriert hat und nun froh ist, dass im Schuljahr 2025/26 endlich die Schüler in dieses moderne Gymnasium einziehen.

Mobilitätsausschuss

Der Mobilitätsausschuss entschied sich einstimmig für eine vorgezogene Sanierung der Kreisstraße 7 von Bachhausen bis zur Landkreisgrenze. Durch Synergieeffekte aufgrund der zeitgleich stattfindenden Sanierungsmaßnahmen auf Seiten des Landkreises Bad Tölz- Wolfratshausen ist eine vorgezogene Sanierung günstiger als diese regulär vorzunehmen.

Der Mobilitätsausschuss entschied sich, die Expressbuslinie X910 aufgrund schlechter Auslastung und fehlender Förderung auslaufen zu lassen. Krailling wird künftig über die Buslinie X920 an den Landkreis FFB und das U-Bahnnetz angebunden. Angesichts der exorbitanten Kosten musste die FDP dieser Einschränkung und dem Verlust der Anbindung des KIM an das Expressbusnetz zustimmen.

Jugendhilfeausschuss

Aus Sicht der FDP ist unbefriedigend, dass die Verfahrenslotsin, eine Institution, die Bürger durch sozialrechtliche Verfahren lotsen sollte, nahezu die Gesamtheit ihrer Arbeitszeit dazu aufwendet, Mitarbeiter des Landratsamtes auf den neuesten Stand der Verfahren zu bringen.

Weiterhin wurde auf Antrag der Lebenshilfe mit Unterstützung der FDP ein Bericht der Behindertenbeauftragten zur Inklusion in der nächsten Sitzung gefordert und erlangt.

Berg

Bankfiliale in Aufkirchen bleibt

Im Berger Gemeinderat wurde zunächst einstimmig der Bauantrag für einen Ersatz der Volksbank in Aufkirchen mit einem größeren Bauvolumen gebilligt. Die gute Nachricht ist, dass die Bankfiliale erhalten bleibt.

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Zuschüsse für Musikschule Starnberg

Weiterhin wurde die Zweckvereinbarung mit der Musikschule Starnberg einstimmig gebilligt. Kritisch sieht die FDP, dass die musikalische Grund- und Früherziehung in Gruppen zu ca. 14% gefördert wird, während Einzelunterricht zu über 50% von der Gemeinde bezuschusst wird.

Mückenbekämpfungsprogramm

Die Verwaltung trug ihr Mückenbekämpfungsprogramm vor. Die zwei wesentlichen Punkte sind Anschaffung von CO₂-Fallen für die Kinderbetreuungseinrichtungen. Sollten hier Erfolge erzielt werden, werden diese den Haushalten zur Anschaffung empfohlen. Mit den Grundsteuerbescheiden werden Zustimmungserklärungen zur BTI-Ausbringung versandt. BTI ist ein Bakterium welches Mückenlarven zerstört.

Gauting

Ein neues Gewerbegebiet für Gauting

Bereits seit Jahrzehnten kann die Gemeinde Gauting keine attraktiven Gewerbeflächen für expandierende Betriebe oder gar die Neuansiedlung von Unternehmen anbieten. Aus diesem Grunde werden seit längerem drei neue Gewerbegebiete auf Gautinger Flur geplant. In die Realisierung konnte jedoch bisher nur das kleinste der drei Projekte, der sogenannte Handwerkerhof am westlichen Ortsrand gehen. Während die Entwicklung des Gewerbegebiets „Galileo Park“ am Sonderflughafen Oberpfaffenhofen derzeit noch in der Planung und Vorbereitung steckt, war es um das dritte Gewerbe-Projekt, dem „Gautinger Feld“ hinter dem Asklepios-Klinik-Gelände, zuletzt ruhig geworden. Nun ist in der letzten Sitzung des Bauausschusses verkündet worden, dass die Pläne für das Gautinger Feld nicht weiterverfolgt werden. Probleme mit der Erschließung und die Einhaltung des im Landesentwicklungsprogramm festgesetzten „Anbindungsgebotes“ gewerblicher Entwicklungen an bestehende Siedlungsstrukturen konnten nicht gelöst werden. Die Verkündung dieser vermeintlich schlechten Nachricht ging jedoch mit einer erfreulichen Neuigkeit einher: Denn der Gemeinde Gauting ist es gelungen eine alternative Fläche für das Vorhaben zu finden: Auf einer 5 Hektar großen Teilfläche des im Jahr 2023 aufgelassenen Golfübungsplatzes am westlichen Ortsrand beabsichtigt die Gemeinde stattdessen nun eine gewerbliche Planung voranzutreiben. Da diese Fläche weder im Landschaftsschutzgebiet noch im Wasserschutzgebiet oder gar im regionalen Grünzug liegt, scheint eine Planung in diesem Bereich zügig möglich zu sein. Auch die Voraussetzungen des Anbindungsgebotes sowie die verkehrliche Erschließung über den Kreisverkehr an der Ammerseestraße („Penny-Kreisel“) samt nahegelegenen X-Bus-Halt können problemlos erfüllt werden. Einstimmig votierten sämtliche Mitglieder des Bauausschusses noch in selbiger Sitzung für die Aufstellung eines Bebauungsplans sowie die erforderliche Änderung des Flächennutzungsplans.

Gilching

Jahresrechnungen

In der letzten Sitzung vor der Sommerpause im Gemeinderat Gilching wurde der Bericht des

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Rechnungsprüfungsausschusses der Jahresrechnungen 2022 und 2023 vorgestellt. Im Anschluss an den örtlichen Bericht der Rechnungsprüfung wurden die Jahresrechnungen 2022 und 2023 festgestellt und anschließend der Bürgermeister entlastet.

Gebührenordnung der Bibliothek

Ein weiterer Punkt war die Änderung der Gebührenordnung der Gemeindebibliothek. Für Träger und Trägerinnen der Ehrenamtskarte des Landkreises reduziert sich die Jahresgebühr von 18 € in Zukunft um die Hälfte. Grundsätzlich ist die FDP der Meinung, dass der Zugang zu Wissen für alle Bürger kostenlos sein sollte. Der Beschlussvorlage zur Reduzierung der Gebühr der Ehrenamtskartenträger konnte zugestimmt werden. Nach der nicht-öffentlichen Sitzung entließ der Bürgermeister die Gemeinderäte ungewöhnlich früh um 20.15 Uhr in die Sommerpause.

Krailling

Grünflächen

Der Umgang mit geschützten Schlüsselblumen am Friedhof, eine Beweidung auf der Reservefläche des Parkfriedhofs durch Rinder und die Sperrung von Beach-Volleyball-Plätzen wegen der Frühlingsseiden-Biene waren Themen im Juni und Juli. Zudem beschäftigte sich der Gemeinderat immer wieder mit Baumfäll-Anträgen, die mittlerweile durch kompetente Bearbeitung im Bauamt und vorbereitende Gutachten und Begehungen genehmigt werden können, jeweils mit Ersatzpflanzungen, wenn es sich um zum Erhalt festgesetzte Bäume handelt. Für alle übrigen Bäume gibt es in Krailling keine Baumschutzverordnung. Die FDP-Fraktion hält eine Verjüngung des Baumbestandes und eine Fällung mit Augenmaß für sinnvoll.

Ortsentwicklung an der Bahn

Auf einem Gewerbegrundstück und im Umfeld des Bahnhof Planegg wollten Planegg und Krailling 2015 eine gemeinsame Planung durchführen. Die Nachbargemeinde Planegg konnte zwischenzeitlich die privaten Grundstücke auf ihrer Flur erwerben und stellte die Planungen auf Null, während Krailling mit dem Eigentümer der Gewerbeflächen eigentlich am gemeinsamen Konzept festhalten wollte. Jahrelang gab es keine planerische Kommunikation mit Planegg, weswegen Krailling die Nachbarn um Rückmeldung bis Mitte 2024 bat. Nun kam die Rückmeldung – nach einem Angebot zu einer gemeinsamen Sitzung beider Gemeinderäte: Planegg will sich mit uns erst treffen, wenn sie sich selbst einig sind über ihre Vorstellungen! Damit ist Kraillings Ziel, gemeinsam und ohne Ausblenden der Schwierigkeiten und Folgen eigener Planungen für die Nachbarkommune, erst einmal gescheitert. Wir werden nun unsere Vorstellungen selbst entwickeln, bleiben aber offen auch für inoffizielle Gespräche mit den Nachbarn. Beide FDP-Fraktionen halten Geheimniskrämerei und Eigenbrötlerei für falsch.

Radweg im Mühlal

Immer wieder wurde BGM Rudolph Haux in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Würmtal-Zweckverbands WZV gefragt, warum denn die Durchfahrt im Mühlal gesperrt sei und Fußgänger wie Radlerinnen auf die Staatsstraße ausweichen müssen. Die Sperrung erfolgt durch die Geschäftsführung des Würmtal-Zweckverbands, nicht durch ihn. Hintergrund ist das Ende des Pachtvertrags des Grundstücks, wo bisher der

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Pächter sich um Zustand von Weg und Gebäude kümmerte. Rudolph Haux sprach häufiger mit dem Staatlichen Bauamt in Weilheim, dessen Gutachten eine Übernahme der Verkehrssicherungspflicht durch den WZV wegen persönlicher Haftung verhindert; zudem laufen derzeit Gespräche zum Verkauf des Grundstücks. Die Frage einer Abtretung der Fläche für einen Weg ist auch eine Option, der Gefahrenpunkt ist bekannt und eine Abtretung an den Staat soll im Rahmen des Verkaufs gelöst werden. Derzeit liegt der Fall beim Staatlichen Bauamt Weilheim, das für Radwege zuständig ist. Das Straßenbauamt hatte kurzfristig die bereits bestätigte Übernahme der Sicherungspflicht zurückgezogen, daher musste die Durchfahrt wieder gesperrt werden. Man spricht derzeit mit einem Gutachter, ob Sicherungsmaßnahmen am Gebäude möglich sind, um wieder die Verkehrssicherungspflicht übernehmen zu können. Der WZV hat das Grundstück auch dem Freistaat für Radweg und Brückenneubau angeboten.

Regionalmanagement München Süd-West RMMSW

Die Gemeinde Krailling wird zum Ende der aktuellen Förderperiode ihre Mitgliedschaft kündigen. Die FDP ist für den Austritt gewesen, da es sich zwar um lohnenswerte Projekte handelt, die überregionale Zusammenarbeit aber nicht verbessert wurde. So hatte eine Untersuchung des RMMSW ergeben, dass ein zusätzlicher Ausgang vom Bahnsteig in Stockdorf im Norden sowohl Stockdorf selbst wie auch Krailling nutzen könnte, eine Treppe wurde ausdrücklich empfohlen. Der Bahnhof wurde gebaut ohne 2. Ausgang und Krailling wurde nicht einmal gefragt, ob man sich beteiligen wollte! Stattdessen soll die Mitgliedschaft in der Metropolregion München und der IBA2027-Gruppe Informationen und Vorteile für Krailling bringen.

Seefeld

Wiederaufnahme der Planung eines neuen Rathauses

Von 2012 bis 2014 wurde bereits ein Wettbewerb für ein neues Rathaus in Seefeld neben dem Krankenhaus durchgeführt und für den Siegerentwurf die Ausführungsplanung begonnen. Ein Bürgerentscheid beendete diese Planung im Oktober 2014 und die Gemeindeverwaltung zog anschließend in die Räume des Technologieparks. Die beabsichtigte Zusammenführung der Seefelder Klinik mit der Schindlbeck-Klinik in Herrsching bietet die Möglichkeit, mittelfristig das gesamte Gelände neu zu beplanen und dabei auch wieder einen Rathausneubau vorzusehen. Während das Klinikgelände nicht der Gemeinde gehört, gibt es daneben ein gemeindeeigenes Grundstück, das für einen Rathausneubau verwendet werden kann. Eine Arbeitsgruppe soll jetzt definiert werden, die sich mit den Möglichkeiten einer Neuplanung befassen soll.

Neuer Wahlmodus für den Seniorenbeirat

Die Verwaltung und der amtierende Seniorenbeirat haben eine neue Satzung erstellt, nach der die Seniorenbeiräte von den Gemeinderäten gewählt werden, falls mehr als 5 Kandidaten antreten. Sonst werden alle Bewerber vom Gremium ernannt. Das Seniorenalter wird von 60 auf 65 Jahre angehoben und die Wahlperiode von 5 auf 4 Jahre reduziert. Die neue Satzung wurde einstimmig verabschiedet.

Planfeststellungsverfahren für den zweigleisigen S-Bahnausbau zwischen Seefeld und Steinebach

Bis zum 29. August 2024 können die Gemeinde und die Öffentlichkeit Einwände gegen die Planung gemäß den offengelegten Planunterlagen vorbringen. Von Seiten der Anlieger, die durch hohe Lärmschutzwände

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



und Einschränkungen bei der Bepflanzung des bahnkörpernahen Teils ihrer Grundstücke belastet sind, wurde die Gemeinde aufgefordert, auch deren Argumente mit vorzutragen. Die Gemeinde Seefeld selbst muss Grundstücke an die Bahn abtreten und eine angemessene Vergütung sicherstellen. Die Verwaltung erklärte sich bereit, kurzfristig eine Gesprächsrunde mit Vertretern der Bahn und den betroffenen Anliegern einzuberufen. Von der Verwaltung wurde betont, dass jeder betroffene Anlieger auf jeden Fall eine eigenständige Eingabe zur Wahrung seiner Rechte vornehmen sollte. Auch die Gemeinde wird eine Stellungnahme einreichen.

Starnberg

Stadtratssitzung vom 08.07.2024

Museum Starnberger See

Im Zuge der Haushaltskonsolidierungen wurde u.a. die Einrichtung Museum Starnberger See unter finanziellen und konzeptionellen Aspekten beraten. Folgendes wurde vom Stadtrat beschlossen:

Das Museum Starnberger See bleibt weiterhin eine öffentliche Einrichtung der Stadt. Die aktuellen Öffnungszeiten werden beibehalten. Die Eintrittspreise sowie die Preise für Führungen sollen angepasst werden. Es sollen sämtliche Energie-Einsparpotentiale (PV-Anlage) geprüft und wieder zur Beratung vorgelegt werden. Im Untergeschoss des Museums wird eine Dauerausstellung über König Ludwig II. eingeführt, die von der gwt GmbH beworben wird. Sonderausstellungen werden weiterhin realisiert und auch die Möglichkeit der standesamtlichen Trauungen im historischen Lochmannhaus und im Museumsgarten weiter ermöglicht. Vor der Beschlussfassung berichteten der Förderverein des Museums und der Geschäftsführer der gwt GmbH über die touristischen, wirtschaftlichen und künstlerischen Chancen und Möglichkeiten des Museums.

Stadtratssitzung vom 22.07.2024

Seeanbindung

Der Stadtrat hat beschlossen, das Konzept Seeanbindung 2.0 des Bürgervereins Schöner zum See in den Projektausschuss Bahnhof See zur Beratung zu verweisen. Bis zur Vorlage dort ist das Konzept von der DB auf betriebliche und von der BEG (Bayerische Eisenbahngesellschaft) auf verkehrliche Umsetzung prüfen zu lassen. Vertretern des Bürgervereins Schöner zum See ist eine Beteiligung an den Gesprächen und Beratungen zu ermöglichen. Der Stadtrat hat auch die Verwaltung beauftragt, die Auswirkungen des geänderten Allgemeines Eisenbahngesetzes (AEG) in § 23 ‚Freistellung von Bahnbetriebszwecken‘ auf die Causa Starnberg prüfen zu lassen und das Ergebnis zur Beratung wieder vorzulegen. Damit ist der Stadtrat allen Punkten des gemeinsamen Eilantrages von FDP und WPS gefolgt.

Des Weiteren hält der Stadtrat an der bisher favorisierten Variante 7e fest, welche einen Betriebsbahnhof und ein Wendegleis im Wohngebiet Oberfeld vorsieht. Die FDP lehnt diese Variante ab, da es bisher von Bund und Land keine Finanzierungszusage dafür gibt und empfiehlt die wirtschaftlichere Variante Seeanbindung 2.0.